Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 17 /**

17. Wahlperiode Eingang:

Antrag

der Abg. Julia Goll u. a. FDP/DVP

Rügen und weitere Maßnahmen des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Baden-Württemberg gegen das Innenministerium und weitere Ministerien

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. Wie häufig der LfDI das Innenministerium oder dessen Angehörige mit dienstlichem Bezug wegen datenschutzrechtlichen Verstößen in den letzten fünf Jahren gerügt hat, aufgeschlüsselt nach geeigneten Fallgruppen;
2. Wie häufig der LfDI sonstige Ministerien oder deren Angehörige mit dienstlichem Bezug wegen datenschutzrechtlicher Verstöße in den letzten fünf Jahren gerügt hat, aufgeschlüsselt nach geeigneten Fallgruppen;
3. Welche sonstigen Maßnahmen der LfDI im Rahmen seiner Aufgaben und Befugnisse gegenüber dem Innenministerium oder dessen Angehörigen mit dienstlichem Bezug in den letzten fünf Jahren ausgeübt hat, insbesondere wie häufig datenschutzrechtliche Verstöße festgestellt wurden, aufgeschlüsselt nach geeigneten Fallgruppen;
4. Welche sonstigen Maßnahmen der LfDI im Rahmen seiner Aufgaben und Befugnisse gegenüber sonstigen Ministerien oder deren Angehörigen mit dienstlichem Bezug in den letzten fünf Jahren ausgeübt hat, insbesondere wie häufig datenschutzrechtliche Verstöße festgestellt wurden, aufgeschlüsselt nach geeigneten Fallgruppen;
5. Welche internen disziplinarischen, organisatorischen und sonstigen Maßnahmen hierauf in den genannten Behörden ergriffen wurden;
6. Wie die Landesregierung, insbesondere das Staatsministerium, die Sensibilität der Ministerien, insbesondere des Innenministeriums, für datenschutzrechtliche Probleme vor diesem Hintergrund bewertet.

20.06.2023

Goll, Weinmann, Dr. Rülke, Haußmann, Dr. Kern, Birnstock, Bonath, Brauer, Haag, Heitlinger, Hoher, Dr. Jung, Reith, Scheerer, Dr. Schweickert, Trauschel FDP/DVP

Begründung:

In der Sitzung vom 19.6.2023 äußerte der Zeuge Ralf Michelfelder im Untersuchungsausschuss „Inspekteur und Beförderungspraxis“, dass der LfDI auf seine Veranlassung hin das Innenministerium bezüglich einer nicht autorisierten Weitergabe seiner persönlichen Daten gerügt habe. Im Zusammenhang mit bisherigen Rügen und strafrechtlichen Verfahren gegen den Innenminister stellt sich die Frage, wie groß der Umfang der datenschutzrechtlichen Verstöße im Innenministerium und der Landesregierung allgemein ist.